

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Stuttungs-Kass. Einheitskass. Dresden,
Kass. der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, A. G. Dresden,
Red. Anstalt, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verantwortlich: einflussreichster Mitarbeiter mit der höchsten Unter-
stützung: Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G. Dresden,
Red. Anstalt, Dresden

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2331, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2331 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Standard-
größe 30 Pf., die 90 mm breite Familiengröße 250 Pf., die ausserordentliche
Größe 40 Pf. und 250 Pf. Familienausgaben, Wochen- und Viertel-
preise 40 Pf. und 1 Mark. Für Privatlieferung 10 Pf.

Nr. 11

Dresden, Freitag den 13. Januar 1928

39. Jahrg.

Das fällige Geschrei

Der neue Kurs in Braunschweig

Die braunschweigische Sozialdemokratie ist kaum einige Wochen an der Regierung, da lobt in der reaktionären Presse auch schon das Geschrei über die „Wichtigkeit der neuen Regierung“ los. Selbstverständlich beteiligte sich an der Hete auch der Dresdner Anzeiger. Als die vom Volke gestürzte Stahlhelmregierung die schamlose reaktionäre „Zustimmung“ politisch etablierte, schickte man in diesen Blättern. Wir bringen nachstehend den Artikel eines braunschweigischen Genossen zum neuen Kurs.

Die braunschweigische sozialdemokratische Regierung, die jetzt vier Wochen im Amt ist, hat in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit bewiesen, daß sie das Vertrauen, das ihr die Wähler des Freistaats Braunschweig entgegenbringen, verdient. Fast auf allen Gebieten des politischen Lebens ist eine Abkehr von dem Stahlhelmskurs der alten Regierung erfolgt. Die Geschäftsräume und Verhältnisse sind wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen worden und damit ist eine weitere Bewunderung der kleinen Gewerbetreibenden verhindert. Die sogenannten „Nebenabgaben“, die in den letzten Jahren an den Hauswirt von den Mietern erkaufte abgeführt werden mußten, sind wieder in die Höhe einbezogen worden. Der reaktionäre Schulverleih des früheren Ministers Marquardt ist ebenfalls aufgehoben worden. Durch diesen Erlaß war z. B. den diffidenten Lehrern der Unterricht an allen Braunschweiger Schulen in den Fächern Deutsch, Geschichte und Geographie gewonnen worden.

Besonders erfreulich wurde aber von dem überwiegenden Teile der braunschweigischen Bevölkerung die Säuberungsaktion der braunschweigischen neuen Regierung auf dem Gebiete der Personalpolitik aufgenommen. Die reaktionären Beamten des Polizeipräsidiums, die sich bei allen Amtshandlungen nur von ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie leiten ließen, sind in den Ruhestand versetzt worden. Der deutschnationalen Regierungsrat Hartwig gehört zu den pensionierten Beamten. Dieser Mann hatte es z. B. fertiggebracht, der Sozialdemokratie bei einem Ausflug das Witzenburger Rathaus zu verbieten, weil die Bevölkerung dadurch „beunruhigt“ werden könnte. Dieser Mann brachte es auch fertig, einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten mit einem Strafverfahren zu bedrohen, weil er an einem Sonntag Flugblätter verteilt hatte, die vor dem Volksentscheid zur Büttelabfindung im ganzen Reich verbreitet wurden. Dieser Mann war auch schuld daran, daß ein republikanischer Polizeioberbeamter wegen Amtsunterschlagung vor den Strafrichter gezeret wurde, weil er einem Untergebenen einen Bericht zurückgegeben hatte, der ihm nicht genügte. Selbstverständlich wurde der Republikaner freigesprochen, weil „die strafrechtliche Verfolgung durchaus einer ausreichenden Grundlage entbehre“, wie der Oberlandesgerichtspräsident Levin sich ausdrückte. Es werden nämlich täglich Berichte von Oberbeamten an Untergebene zur Vervollständigung zurückgegeben. Dieser Hartwig bespitzelte auch den republikanischen Polizeipräsidenten und warf ihm im Untersuchungsausschuß des Braunschweiger Landtags vor, daß er täglich 30 Minuten gestöhnt habe. Aus allen seinen Handlungen ging jedenfalls hervor, daß er sich nicht als Diener der Allgemeinheit, sondern stets nur als Sachwalter deutschnationaler Parteinteressen gefühlt hat. Diesen jetzt pensionierten deutschnationalen Regierungsrat hatte die alte Regierung aber zum Vertreter des Polizeipräsidenten gemacht, ihm für die Dauer der Vertretung den Titel Oberregierungsrat verliehen und ihm neben der damit verbundenen Vertreterzulage noch ein Geschenk von 1000 Mark gegeben!

Die alte Stahlhelmregierung hat rücksichtslos ihre Anhänger befördert und republikanische Beamte, wenn es sich nur irgendwie einrichten ließ, vor den Strafrichter geschleppt. Der frühere sozialdemokratische Landesschulrat Dr. Stoelzel wurde z. B. dem Staatsanwalt ausgeliefert, weil er bei Dienstreisen die dritte Wagenklasse benutzt haben sollte, trotzdem er verpflichtet war, die zweite Klasse zu berechnen. Auch sollte er Privatgespräche auf dem Diensttelefon geführt haben. Der sozialdemokratische Polizeioberleutnant Brünke sollte mit Wissen des Polizeikommandeurs vorübergehend aus seiner Personalakte, die ihm zu diesem Zweck von dem Kommandeur ausgehändigt worden war, ein Schriftstück entfernt haben. Auch in diesen Fällen strengte der Herr Hartwig ein Strafverfahren an, in dem allerdings wieder ein Freispruch erfolgen mußte. Die Stahlhelmregierung machte aber auch selbst vor Schupoten, die sich republikanisch geäußert und betätigt hatten, nicht halt. Dieser reaktionäre Kurs in Braunschweig ist jetzt ein für allemal vorüber. Die Vertrauensleute des Stahlhelms, die bis vor kurzem die Personalpolitik in Braunschweig maßgebend bestimmten, sind einflusslos geworden, und die Personalpolitik der Sozialdemokratie gibt die Sicherheit, daß alle politischen wichtigen Posten nur von Beamten besetzt werden, die ihren Dienst der Gesamtheit des Volkes widmen wollen und die auch zur heutigen Staatsform in seinem ablebenden Verhältnis stehen. Die Republik gehört den Republikanern!

E. Th.

Ein Dolchstoß gegen die Wirtschaft

Die Erhöhung der Eisenpreise

Berlin, 13. Januar. (Eig. Konz.) Der Deutsche Stahlwertverband hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sofort die wichtigsten Eisenpreise zu erhöhen. Die Form- und Stabeisenpreise werden um je 3 M. erhöht. Der Kaufpreis für Siemens-Martineisen wurde bei A-Produkten und Stabeisen auf 8 M. je Tonne festgesetzt. Außerdem sind noch andere Preiserhöhungen vorgesehen, deren Ausmaß erst in den nächsten Tagen festgelegt werden soll. Damit hat die deutsche Eisenindustrie jenes Attentat durchgeföhrt, das man nach dem großen Entgegenkommen des Reichsarbeitsministers zur Erhaltung des Friedens in der Eisenindustrie eigentlich nicht mehr hätte erwarten sollen. (Wir kommen darauf zurück.)

Die Eisenherren haben sich also durch den Widerspruch der verarbeitenden Industrie nicht davon abhalten lassen, das von ihnen geplante Attentat gegen die deutsche Volkswirtschaft zu unternehmen. Der Schaden, der gerade jetzt, wo das Schicksal unserer Konjunktur so zweifelhaft ist, durch die Eisenpreiserhöhung angerichtet werden kann, ist nicht abzulehen. Gerade die großen Herren vom Eisen spielen sich sehr oft als die Führer der ganzen deutschen Wirtschaft auf. Sie tun so, als wenn sie ganz besonders dazu berufen wären, die Interessen der deutschen Wirtschaft dann zu vertreten, wenn es gilt, Arbeiterforderungen oder solche Steuerbelastungen abzuwehren, die von den Besitzenden getragen werden sollen. Bei ihrem jetzigen Vorgehen aber merkt man nichts von Rücksichtnahme auf die Gesamtwirtschaft. Die Eisenherren denken nur an den eigenen Geldbeutel. Was auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fertigindustrie auf dem Weltmarkt unterbunden werden,

mögen dadurch Tausende und aber Tausende Arbeiter arbeitslos werden, die Hauptsache bleibt den Eisenmagnaten, daß ihre eigenen Geldbörse genügend gefüllt werden. Die Eisenindustriellen haben sich gegen die Erfüllung der berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter mit der Behauptung gewendet, daß sie die dadurch entstehenden höheren Lasten unmöglich tragen können. Daraufhin sind ihnen die Schlichtungsstellen in weitem Umfang entgegengekommen, und die Arbeiter haben auf die Erfüllung eines erheblichen Teiles ihrer Forderungen verzichten müssen.

Das ihnen gewährte Entgegenkommen belohnen die Eisenmagnaten damit, daß sie der deutschen Volkswirtschaft eine so schwere Schädigung zufügen. Das Ganze ist eigentlich eine recht gute Lektion für den Reichsarbeitsminister. Er hat jetzt den Tonk dafür, daß er den Herrschaften gegenüber so nachgiebig war.

Man braucht wirklich nicht Sozialdemokrat zu sein, um zu empfinden, ein wie unerträglicher Zustand es ist, daß hier eine Anzahl kapitalmächtiger Herren der deutschen Wirtschaft aus eigener Machtvollkommenheit eine Belastung auferlegen können, die derartig schwerwiegende Folgen haben muß, wie diese Erhöhung der Eisenpreise. Die Verteilung von Preisen für Erzeugnisse, die für unser ganzes Wirtschaftsleben so bedeutsam sind, wie das Eisen, darf nicht einer Handvoll profitlüsterner Kapitalgehaltiger überlassen bleiben. Es ist die höchste Zeit, daß Reichsregierung und Reichslager das Notwendige tun, um dem Gewaltregiment der Eisenherren ein Ende zu bereiten.

Das Schulkompromiß des Bürgerblocks!



Die Geistlichkeit erhält ein Aufsichtrecht — aber im übrigen bleibt die Stellung des Lehrers gänzlich ungeschmälert!

D. Die Regierungsparteien des Reichstages haben dem Bildungsausschuß am Donnerstag ihren Kompromißantrag über die kirchliche Schulaufsicht vorgelegt. Der Antrag ist unterzeichnet von der Deutschen Volkspartei und den andern Regierungsparteien, mit Ausnahme des Zentrums. Man fragt sich unwillkürlich, warum die Koalitionsparteien dem Zentrum diese offensichtliche Demonstration geschaltet haben und warum das Zentrum darauf bestand. Die Antwort ergibt sich aus der gegenwärtigen Auffassung über die kirchliche Schulaufsicht im Lager des Zentrums. Die katholischen Ortspfarrer möchten zum großen Teil den Zustand der Vorkriegszeit wiederhergestellt wissen und sind mit dem jetzigen Kompromiß nicht zufrieden, während der katholische Lehrerverband gegen die Schulaufsicht durch die örtlichen Pfarrer ist und sie entschieden ablehnt. Das Zentrum hat sich schließlich durch seine Zustimmung zu dem Kompromiß der Regierungsparteien gegen die örtlichen Pfarrer und für die Auffassung der katholischen Lehrerverbände ausgesprochen. Aber der Mut, dieses Kompromiß öffentlich jetzt und mit seinem Namen zu bezeichnen, fehlt ihm aus Angst vor den örtlichen Pfarrern. Darum versichert man zum Schein auf die Unterschrift, ohne

daß an dem Rig im katholischen Lager auch nur das geringste geändert wird.

Zunehmend hat das Zentrum durch den Versuch der Deutschen Volkspartei auf seine wochenlang als unantastbar proklamierten heiligsten Grundsätze erreicht, was es wollte. Schließlich bedeutet der Kompromißantrag der Regierungsparteien nichts anderes als daß die Kirche als Aufsichtsinstitution durch die Diktatur der Volksschule wieder hereinparadiert, nachdem sie durch die Verfassung in Weimar über die Barbareit etwas unanständig hinübergehört worden war. Auch die Bestimmungen, daß der Ortspfarrer „als solcher“ nicht Schulinspektor sein darf, ändert daran nichts. Es ist für die Lehrer das gleiche, ob sie durch den Ortsgeistlichen gefoltert oder durch irgendeine andere „obere Stelle“ gebraten werden sollen. Auf jeden Fall werden sie von der Kirche wieder nach guter alter Übung an das Gängelband genommen. Aber dabei dürfte es nicht bleiben! Ist der geistliche Herr Schulinspektor mit der Verantwortung des Religionsunterrichts fertig, dann wird er sein prüfendes Auge zweifellos auch noch auf dieses und jenes fallenlassen. Die Dinge, die sein Mißfallen erwecken, wird er auch ohne viel äußeren Lärm und ohne offizielles Amt an der richtigen Stelle zu ber-